

Länder

Griechenland: Die Streikwelle wird fortgesetzt – Weg mit den Maßnahmen von Regierung-IWF-EU

Von ANTARSYA (Antikapitalistische Linksallianz für den radikalen Wechsel) | 5. Mai 2010

Die politische Verantwortung für die Toten tragen die Regierung, die Polizei und die Arbeitgeber. Das heutige Streikerdbeben und die größte Demonstration seit dem Fall der Junta bedeutete ein donnerndes NEIN zu den Maßnahmen der Regierung, des IWF und der EU. Anstatt diese aus dem Parlament zurückzuziehen, verwendet die Regierung in schamloser Weise den tragischen Tod von drei Angestellten der Marfin-Bank, um sie durchzusetzen.

Die politische Verantwortung für die Toten tragen die Regierung, die Polizei und die Arbeitgeber. Das heutige Streikerdbeben und die größte Demonstration seit dem Fall der Junta bedeutete ein donnerndes NEIN zu den Maßnahmen der Regierung, des IWF und der EU. Anstatt diese aus dem Parlament zurückzuziehen, verwendet die Regierung in schamloser Weise den tragischen Tod von drei Angestellten der Marfin-Bank, um sie durchzusetzen. Die Krokodils-Tränen des Bankiers Vytenopoulos, der die Angestellten dazu gezwungen hatte, eingeschlossen in einem Gebäude ohne Feuerschutz zu arbeiten, haben den gleichen Wert wie die provokativen Anprangerungen angeblicher Demonstranten-Mörder durch den Ministerpräsidenten. Schuld am Tod der Angestellten sind die Regierung, die Polizei und die Arbeitgeber.

Zusammen mit den Kontrolleuren von IWF und EU eingeschlossen in einen gläsernen Turm, gab die Regierung heute Weisung zu einem brutalen Angriff auf hunderttausende Demonstrant/innen, die das Parlament unter der Losung „Kommt sofort raus!“ belagerten.

Der schrankenlose Polizeiterror ging weiter und behinderte den Zugang der Feuerwehr zum brennenden Gebäude der Marfin-Bank. Tausende Demonstrant/innen wurden mit Schlagstöcken und Tränengas vom Syntagma- bis zum Klafthmonos-Platz angegriffen, um sie daran zu hindern, sich der „Tabu-Zone“ des Parlaments zu nähern, wo die Regierung mit der einzigen Unterstützung von Seiten des rechtsradikalen LAOS –allerdings auch dem generellen Einverständnis von Nea Dimokratia- vorhat, den größten Staatsstreich zulasten der Rechte der abhängig Beschäftigten und der Jugendlichen durchzusetzen.

Heute hat die Arbeiter/innen-Klasse der Papandreou-Regierung die Botschaft gesandt, dass die Maßnahmen nicht durchkommen werden.

Dies ist die Stunde, die Streik- und Volkserhebung mit Kämpfen und unbefristeten Streiks, Universitätsbesetzungen und massenhaften Protestveranstaltungen zu verstärken.

Lasst uns weitermachen, bis wir in der Praxis den Mechanismus IWF – EU außer Kraft gesetzt haben, bis wir die Aufseher und ihre Politik vertrieben haben.

Die Linke muss nun die Ausweitung der Streikbewegung unterstützen und fordern:

- Aussetzung der Zinszahlungen und Annullierung der Schulden!

- Sofortige Nationalisierung der Banken unter Arbeiter/innen-Kontrolle!
- Erhöhung der Löhne und Renten durch Besteuerung der Reichen!

Wir werden es keiner Regierung erlauben, die Rechte und Errungenschaften, die wir mit Kämpfen und Opfern erobert haben, abzuschaffen.

Dieser Beitrag wurde publiziert am Mittwoch den 5. Mai 2010
in der Kategorie: [Länder](#), [RSB4](#).